

## Kinderladen als Modellversuch

Gemeinnütziger Verein erhält von der Stadt mietfrei ein Haus

**ptn.** Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstagabend mit den Stimmen der SPD und FDP beschlossen, der Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung das viergeschossige Haus Vogelweidstraße 3 in Niederrad zum Betrieb eines Kinderladens kostenlos zu überlassen. Für das Gebäude, das der gemeinnützigen Gesellschaft für Wohnheime und Arbeiterwohnungen gehört, übernimmt die Stadt die Miete in Höhe von monatlich rund 6400 Mark. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß dieser Kinderladen ein Modellversuch sei, der Unterstützung verdiene.

Die CDU-Fraktion übte an den Beschlüssen des Magistrats, dem SPD und FDP mit ihrer Entscheidung folgten, heftige Kritik. Die Christdemokratin Helga Schmitt erinnerte daran, daß es der CDU erst nach sechsmonatigen Bemühungen gelungen sei, sich in dem seit 1971 betriebenen Kinderladen überhaupt Zugang zu verschaffen. Da die Stadt für jedes der rund achtzig Kinder dieses Kinderladens wöchentlich einen Zuschuß von vier Mark zahle, habe man sich einmal über die dortige Arbeitsweise und die räumlichen Verhältnisse

informieren wollen. Die Christdemokraten hätten dann feststellen müssen, daß die Einrichtung „ziemlich elitär“ sei. Die Eltern der dortigen Jungen und Mädchen seien zwar keine vermögenden Leute, meinte Frau Schmitt, doch hätten sie immerhin genug Zeit und Geld, um sich im Rahmen des Kinderladens ausgiebig um ihre Sprößlinge zu kümmern. Die Eltern seien zumindest finanziell nicht schlechter gestellt als die in den freigemeinnützigen Kindergärten, die auch nur den Vier-Mark-Zuschuß erhielten.

Von einem Modellversuch kann nach Meinung der CDU auch deshalb nicht gesprochen werden, weil die Zusammensetzung der Eltern wenig repräsentativ für die Frankfurter Bevölkerung sei und die dortigen Erfahrungen daher nicht übertragen werden können; es gebe nämlich unter den Eltern höchstens eine Arbeiterfamilie. Diese Feststellung rief den Schuldezernenten Peter Rhein und den SPD-Stadtverordneten Burkhard Sulimma auf den Plan. Anhand einer Liste waren sie bereit, jederzeit das Gegenteil zu beweisen. Nachdem die CDU noch einmal darauf verwiesen hatte, daß die Jungen und Mädchen in

den bei weitem noch nicht ausgelasteten Kitas untergebracht werden könnten, die schließlich auch ein Modellversuch seien, wurde abgestimmt. Dem Kinderladen war der Zuschuß sicher.

Die von SPD und FDP zum Modellversuch erklärte Arbeit in dem Kinderladen wird von der Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung selbst folgendermaßen dargestellt: „Unsere Grundvorstellung ist, eine weitestmöglich repressionslose, aber realitätsbezogene Erziehungsarbeit zu üben, die nicht antiautoritär nach den Vorstellungen der ersten Kinderläden ist, sondern die der von Alexander Mitscherlich geforderten dialektischen Funktion von Erziehung entspricht: in die Gesellschaft einüben und gegen diese dort immunisieren, wo sie zu Stereotypen des Denkens und Handelns zwingt, statt zu kritischer Einsicht zu führen.“ Die theoretische und praktische Arbeit in dem Kinderladen soll nach den Vorstellungen der Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung außerdem von den Eltern und „Bezugspersonen“ (ausgebildete Erzieher und pädagogisch gebildete Hilfskräfte) in ständigem Kontakt gemeinsam geleistet werden.